

halb der Schulverwaltung austräumen wollen. Gesetze allein tun es nicht, mit Paragraphen ändern wir den Geist unserer Schulverwaltung nicht, wenn wir nicht beherzt an eine Ablösung der reaktionären Verwaltungsbeamten herangehen. Wir können die Lehrerschaft nicht von heute auf morgen zu überzeugten Anhängern der republikanischen Staatsform machen, aber wir können verhindern, daß sie ihre offene oder versteckte antirepublikanische Propaganda innerhalb der Schule weiter betreiben, wenn wir die Stützen solcher Propaganda in den leitenden Stellen der Schulverwaltung absägen. Dabei braucht durchaus nicht überall an den Ersatz gedacht zu werden, wenn ihm finanzielle Bedenken hinderlich sein sollten. Die Provinzial-Schulkollegien sind beispielsweise im größten Teil ihres Arbeitsbereiches höchst überflüssige und überaktierte Behörden, bei deren Abbau die Republik einen Teil ihrer erbittertesten Gegner und zugleich einen erheblichen Ausgabenposten ihres Schuletats loswerden könnte. Daß es in den Regierungen allerdings zumeist noch ebenso finster und vielleicht noch finsterner aussieht, soll durchaus nicht bestritten werden. An der Finanzfrage oder an der Beamtenstellung dieser nach dem Gesetz unpolitischen, in Wirklichkeit höchst politischen Verwaltungsbeamten darf diese wichtigste Aufgabe nicht scheitern. Der finanzielle Effekt ist gering im Verhältnis zu dem Schaden, der der Republik droht, und um eine Verringerung des Begriffs „politischer Beamter“ wird die Republik auch ohnedies nicht herumkommen.

Wenn man einmal zusammenstellen könnte, was sich diese leitenden Stellen der Schulverwaltung gerade jetzt wieder in den Tagen politischer Hochspannung an bewußter Sabotage republikanischer Verordnungen geleistet haben, von der Verhinderung der Gedächtnisfeier für den Ermordeten bis zum Flaggensandal — man würde erschrecken. In der Luft, die heute noch in der deutschen Schule herrscht, kann niemals eine republikanisch gesinnte und demokratisch empfindende Jugend heranwachsen. Darum: Wenn die unmittelbare Gefahr für die Erhaltung der Republik gebannt ist, wenn es wieder möglich ist, über die Not der Gegenwart hinaus an die Zukunft zu denken, dann vergeßt diesmal die Schule nicht!

Die Umbildung der Regierung.

Anfrage der bürgerlichen Koalitionsparteien an die Volkspartei.

Namens der Zentrumsfraktion und der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei ist gestern abend folgender Brief an die Deutsche Volkspartei im Reichstage gerichtet worden:

Die Not der Stunde verlangt mehr denn je die Heranziehung aller, die zu williger und tätiger Mitarbeit an der Erhaltung und dem Wiederaufbau des Staates auf dem Boden der heutigen Verhältnisse bereit sind. Innerpolitisch hat der Nord an Rathenau samt seinen Folgen allen Schichten des Volkes die Augen darüber geöffnet, an welchem Abgrunde wir stehen. Vom Auslande haben wir Verständnis und Hilfe nur zu erwarten, wenn die Politik des Reiches von den weitesten Schichten des Volkes unterstützt wird und dadurch die Gewähr für die Schaffung und Aufrechterhaltung dauernder Zustände im politischen und wirtschaftlichen Leben in sich trägt. Wir halten die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nach den Erfahrungen, die die Abgeordneten Heine, Becker und Stresemann in der letzten Zeit im Reichstage über unsere außen- und innenpolitische Lage gemacht haben, für möglich, wenn guter Wille auf allen Seiten vorhanden ist. Wir setzen nach diesen Ausführungen Einigkeit darüber voraus, daß ein Wiederaufbau des Staates und die Fortführung der Sozialpolitik nur auf dem Boden der Verfassung gemäß der republikanischen Staatsform möglich ist. Deshalb wird von den in der Regierung zu vereinlegenden Parteien jede Agitation gegen die Verfassung der Republik, gegen die Träger der Staatsgewalt und die Embleme des Staates innerhalb und außerhalb des Parlaments zu vermeiden und die Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen sein. Dem Staate sind durch das Gesetz zum Schutze der Republik alle Machtmittel zu gewähren, deren

er zur tatkräftigen Verteidigung bedarf. Alle Bemühungen der Regierung, unsere außenpolitischen Verhältnisse auf der Basis internationaler Verhandlungen zu verbessern, sind zu unterstützen. Wir bitten um eine gefällige Aeußerung, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein würde, sich auf dieser Grundlage an der Regierung zu beteiligen.

Wie es heißt, soll die Volkspartei bereits eine zustimmende Antwort gegeben haben. Es handelt sich um einen taktischen Gegenzug der bürgerlichen Koalitionsparteien gegen die gleichgerichtete Aufforderung der Sozialdemokratie an die Unabhängigen. Die bürgerlichen Koalitionsparteien sind aber sehr im Irrtum, wenn sie glauben, die gegenwärtige gefährliche Situation durch kleine taktische Kunstgriffe meistern zu können, die fast wie ein schlechter Scherz wirken. Grundsätzlich kann gar keine Rede davon sein, daß jetzt eine Partei in die Regierung aufgenommen wird, die sich programmatisch zur Monarchie bekennt und die bis in die letzten Tage hinein Arm in Arm mit den Deutschnationalen die Außenpolitik Wirths und Rathenaus bekämpft hat.

„Hindenburg ermordet“ — auf deutschnationalem Lügenpapier.

Im Westen Berlins wurden heute früh aus Autos Zettel geworfen, auf denen zu lesen stand, daß Hindenburg ermordet sei. Das Gerücht ist schon mehrere Tage alt, es war schon verbreitet, bevor die bekannte Proklamation Hindenburgs gegen den politischen Nord erschien. Seitdem ist es nicht wahrer geworden. Wenn es jetzt trotzdem auf Handzettel verbreitet wird, so kann es sich nur um eine deutschnationale Macho handeln, deren Zweck sehr durchsichtig ist. Die Rechte braucht Attentate, die von Anhängern der Linken, gegen Persönlichkeiten, die in den rechtserleuchteten Volksschichten besonderes Ansehen genießen, verübt werden, und da es solche Attentate nicht gibt, erfindet man sie. Hoffentlich gelingt es der Polizei festzustellen, wer dieses schändliche Manöver veranstaltet und wer es bezahlt hat.

Bestrafter Verleumder.

Magdeburg, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Schöffengericht in Gerbstedt (Kreis Mansfeld) wurde der Volksschullehrer Karl Schmalz wegen großer Verleumdung des Oberpräsidenten Genossen Hörning zu vier Wochen Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte hat in einer Versammlung des deutschnationalen Schutzbundes die Behauptung aufgestellt, Oberpräsident Hörning habe in der Eigenschaft als Staatskommissar für Obersachsen 30 000 Paar Silesel und mehrere Waggons Apfelsinen und Zigaretten verschoben. Der Verurteilte konnte selbstverständlich nicht den leiblichen Schatten eines Wahrheitsbeweises antreten.

Waffenlager im Villenviertel.

Magdeburg, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In einem Magdeburger Villenviertel ist ein großes Waffenlager entdeckt worden. Gefunden wurden 15 Maschinengewehre und nach einer vorläufigen Zählung gegen 500 Gewehre mit einer Unmenge Munition.

In Zwickau wieder Ruhe.

Zwickau, 6. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Vorgänge in Zwickau sind in der auswärtigen bürgerlichen Presse die wunderbarsten Dinge zu lesen. So schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ z. B., daß Zwickau unter linksradikalem Terror lebe, und daß in Zwickau vollständige Anarchie herrsche. Kein Wort ist davon wahr. Nach den blutigen Zusammenstößen am Dienstag, die durch mancherlei Mißverständnisse und Ungeschicklichkeiten der Schupo zustande gekommen waren, hatte sich der Arbeiter eine tiefe Erregung bemächtigt, so daß wilde Redner, Spitzel und Provokateure, die keiner Partei und keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören, leichtes Spiel hatten und eine solche Verwirrung anrichteten, daß es ihnen gelang, die Arbeiterschaft am Mittwoch mit Gewalt aus den Betrieben zu holen. So kam es, daß der Janhage die Stadt einige Stunden lang verrückt machte,

Autos requirirte, Hausdurchsuchungen auf eigene Faust unternahm usw. An einzelnen Stellen soll in Schnaps- und Weinstuben auch geplündert worden sein, doch läßt sich das noch nicht genau feststellen. Plünderungen von Lebensmitteln und anderen Geschäften sind nicht vorgekommen. Die organisierte Arbeiterschaft unter Führung der drei Parteien und der Gewerkschaften hat dem törichtem Treiben recht schnell ein Ende bereitet. Sie organisierte eine Arbeiterwehr, die in der Hauptsache aus Betriebsräten, Gewerkschafts- und Parteifunktionären besteht. Noch am Mittwoch abend ging sie daran, dem Rob das Handwerk zu legen. Das geschah ohne jegliche Bewaffnung der Arbeiterwehr und ohne jegliches Blutvergießen, einzig und allein durch herzkostes, energisches Eingreifen handfester Funktionäre, die den Plünderern die „requirirten“ Autos wegnahmen, sie wieder ihren Besitzern zustellten und die größten Schreier aus der Menge herausgriffen und in Nummer Sicher brachte. Wie festgestellt wurde, sind alle Eingekerkerten und Verhafteten unorganisiert und erst kurze Zeit in Zwickau. Fünf Tote sind den Zusammenstößen zum Opfer gefallen. Die Verdrängung verlief in völliger Ruhe. — Gegenwärtig sind die drei Arbeiterparteien und die Behörden zusammen wieder vollkommen Herren der Lage. Die Zwickauer Kommunisten, die sich diesmal ganz energisch für die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung eingesetzt haben, sind dafür von dem Rob, ebenso wie früher die SPD-Führer, als „Lumpen und Arbeiterverräter“ bezeichnet worden. Am Donnerstag früh ist die Arbeiterschaft der Parole des Aktionsausschusses gefolgt und hat allenfalls die Arbeit wieder aufgenommen. Zwickau bietet jetzt genau das friedliche Bild wie vor den blutigen Zwischenfällen. Der Polizeidienst wird bis auf weiteres von der blauen Polizei und der Arbeiterwehr gemeinsam durchgeführt, und am Sonntagabend wird, wenn die Erregung völlig verweht ist, die Arbeiterwehr ihren Dienst wieder einstellen.

Bremen treibt passiven Widerstand.

Bremen, 7. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Fraktion wird heute in der Bürgerkammer folgende Interpellation einbringen: Welche Maßnahmen hat der Senat in Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. Juni und der Ergänzungsverordnung vom 29. Juni für das bremische Staatsgebiet getroffen?

Diese Interpellation ist notwendig geworden, weil die bremische rein bürgerliche Regierung sich völlig passiv verhält. Sie hat ja auch im Reichsrat mit Bayern gegen das Schutzesetz gestimmt.

Stille im Landtag.

Die ungeheure Erregung, unter der die gestrige Sitzung des Preussischen Landtages auseinanderging, zittert auch heute noch nach. Überall wird lebhaft die gestrige Präzedenzenerörterung. Bei Eröffnung der Sitzung sind auffallend viel Abgeordnete anwesend, was darauf schließen läßt, daß man mit einiger Spannung der Eröffnung entgegenfieht. Aber das erwartete Nachspiel bleibt aus. Der Reichsterrat hatte noch gestern abend während der Unterbrechung der Sitzung getagt und die Mitglieder des Hauses in einer Erklärung, die in dem allgemeinen Tumult unterging, ersucht, die Würde des Parlamentes zu wahren und die Autorität des Präsidenten zu respektieren.

Der Zwischenfall ist also erledigt und das Haus kann heute seine geschäftliche Tätigkeit fortsetzen. Auf Antrag der Koalitionsparteien und der Deutschnationalen wird der Gesetzentwurf über Teuerungszuschläge zu den Gehältern der Rechtsanwälte und Rotare ohne Debatte in allen drei Lesungen erledigt. Zum Gesetzentwurf zur Abänderung des Mittelschullehrerdienerdienstverhältnisses vom 14. Januar 1921 beantragt der Ausschuss für Beamtenfragen, die in der Regierungsvorlage festgesetzten Gehaltsätze zu erhöhen. Die Regierung bittet, es bei der ursprünglichen Höhe zu lassen und die Vertreter der drei Linksparteien lehnen es ab, den Ausschussanträgen zuzustimmen. Diese werden dann auch mit den Stimmen der sozialistischen Parteien, die über eine Zusatzmehrheit verfügen, abgelehnt und das Gesetz unverändert in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Schorlemer-Dieser gestorben. Der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates und frühere preussische Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Dieser ist gestern in Berlin gestorben.

Vor der Ernte.

Von Max Kolmsperger-München.

Ist jemand im Korn gestorben? Weil mir das Lied der Berche erklingt wie ein Abgesang, wie ein zartes Klageged.

Hat sich ein kleiner Vogel zwischen zwei matten Halmen erhängt?

Oder ist ein fürwählicher Sonnenstrahl im Streif der Farben zwischen Grün und Gelb umgekommen?

Keine Berche, sing nicht vom Loh! Gleich, es erblüht in sich selbst der Halm! Er hat dich trauernd verstanden.

Und wenn die Nachmittagschwüle nach Erlösung schreit und die stehende Sonne die streifschichtigen Gewitterwolken auseinanderreibt, um den Tag vor seinem Scheiden leuchtend zu verkünden, wird sich das ganze Feld nach Ruhe sehnen. Es wird keine Freude mehr an der Sonne haben, denn der Loh geht um!

Die Senze blüht aus dem Dorf: sie blüht in der Abendsonne wie ein mordgieriges, ruckloses Schwert.

Keine Berche, sing nicht mehr vom Loh!

Wer eine blühende Berche mutwillig abstreift, dem wird die Hand verdorren und absterben.

Wer eine Glodenblume pflückt, der beschwört den Blü, und der Blü wird ihn erschlagen.

Wer einen Kornhalm mutwillig entzweigt, dem wird der Donner die Ohren lähmen und ihn taub großen für immer.

Also sprach meine Ruhme stets vor der Ernte. Und meine Ruhme war eine weise Frau.

Die Scheunen rüsten sich zum Empfang.

Ihre dunkle Leere starrt wie aus einem weitgeöffneten Rachen beugfertig auf die Schäre hinaus. Bald werden sie dastehen, stolz und verschlossen, wie Gottes Tempel, die Hütten aus grobem Stein und rohem Holz, denn kerniges Gold werden sie bergen dürfen, und die Sechslacht der Rörner wird sie erfüllen.

„Der Raub der Sabineerinnen“ in den Kammerspielen. Die Sommerdirektion der Kammerspiele hat für ihren Gast, Hugo Thimig vom Wiener Burgtheater, den alten Schwant der Gebrüder Schmitz wieder herangezogen. Die Rolle des Emonuel Striefe, Schmierendirektor, Edelemann und Familienvater, hat ja von je die Komiker geliebt; schon der selbige Thomas spielte sie, grotesk, witzig, mit hundert Verzerrungen und Wäghen, und der urmüßige Frederik Jensen (bei uns leider unbekannt, da er weder gastiert noch filmt) machte im letzten Winter in Kopenhagen eine Extratummer, ein solches, funkelndes Prachtstück von überwältigen-

der Komik daraus. Abwärts davon steht Hugo Thimig. Sein scheinbarer Striefe (er kann bei ihm einfach nur aus Sachsen stammen) ist von diskretester Komik, da er keinen Augenblick, selbst in den grotesksten Situationen, verliert. Ein weiler Ensemblespieler, der sich mit richtigem sozialem Empfinden anpaßt und einfügt. Wäre nicht der selbgedruckte Name des Theaterzettels, der minutenlange Beifall bei offener Szene gewesen, seiner hätte hier den berühmten Gast, den Träger „der“ Rolle vermutet. Dieser Striefe war mit Perspektiven versehen, seine Komik mit Troitz durchsetzt; das Glied des Schmierensomodiantentums, nicht nur kein Humor, wurde hier laut. Und wenn dieser arme Teufel bei der Aussicht auf eine feste Anstellung als Theaterdirektor in trauerherzige Freude ausbricht, wie gut es tun würde, nicht alle vierzehn Tage weiterziehen und wo anders schlafen zu müssen, so bedeutet dies in Thimigs Darstellung den Höhepunkt und nicht wie gewöhnlich der Augenblick, wo er als solcher Superintendent versehenlich seinen Havelock zurücklegt und in Römerkostüm mit obligaten Trilots dahit. Die übrigen Darsteller wirkten voller Laune und Eifer mit. Victor Schwanke als Professor und Grete Berger als dessen Frau, versuchten aus den Schablonenfiguren so viel Menschlichkeit herauszuholen, wie nur möglich. Das Publikum war dankbar und beifallsfreudig; man hätte kaum geglaubt, daß so viele in Joten ergaute Großblöder sich noch so aufrichtig herzlich an dem harmlosen Schwant erfreuen konnten. F. E. B.

Das Leben in der Wüste. Man hält die Wüste und besonders die große Wüste in Südwestafrika allgemein für ein „totes Gebiet“, dessen wasserlose Oede kein Leben irgendwelcher Art zuläßt. Aber die Wüste ist keineswegs „tot“, sondern bietet dem Beobachter eine Fülle von Einwürden dar. Ueber diese Aeußerungen des Lebens in der westafrikanischen Wüste sprach Prof. Erich Kaiser in der Berliner Gesellschaft für Erdkunde. Eine unaufhörliche Veränderung des Bodens wird durch die klimatischen Verhältnisse hervorgerufen. Der Himmel leuchtet in einer dem Europäer unvorstellbaren Klarheit, und die ungehindert auf die Erde fallenden Sonnenstrahlen zerrühren und zersprengen die Gesteinshülle. Nur selten wird diese durch die Sonne veranlaßte Verwitterung durch Niederschläge unterbrochen, die dann — oft nur einmal im Jahre — als Wollenbrüche niederprasseln und eine gewaltige Erosionskraft (Erosion = Zernugung, Zerstückung) entfalten. Raum weniger wirksam ist die chemische Tätigkeit des Wassers, das die Bindemittel der Gesteine löst, und dazu kommt als wichtigster klimatischer Faktor die Mitarbeit des Windes, der nicht mit besonderer Stärke, aber mit ununterbrochener Gleichmäßigkeit über den lahlen Boden streicht und die großartigen Wüstenformen schafft. Sichel- und Wandlerdünen, Sandverwehungen, mächtige Wannen kommen so zur Ausbildung, und es entstehen lange Reihen paralleler Hohlformen. Aber neben den anorganischen Formen werden auch die organischen eigenartig ausgebildet, die zwar spärlich vertreten sind, aber keineswegs völlig fehlen. Wenn auch ein einzelner Regenguß meist ohne Einfluß bleibt, so wird doch durch zwei oder mehr folgend plötzlicher Wüstenbrüche wie mit einem Zauberschlage das Bild der Wüste verändert. Sie erscheint dann auf weite Strecken im Schmutz eines bunten Pflanzenkleides, und durch die Pflanzen werden wieder die

Tiere in großer Fülle angelockt. Wo eine Quelle das zum Leben notwendige Wasser bietet, faßt auch der Mensch Fuß und schließt sich in Sippen zusammen. Der Wüstenbewohner entwickelt charakteristische Eigenschaften, die ebenso der Umwelt angepaßt sind wie die Tiere und die Bodenformen der Wüste. Er zeigt unnahelnde Ausdauer, ungezügelmten Freiheitsdrang, Ehen und Stolz und gewinnend so die seelischen und körperlichen Fähigkeiten, in seiner Heimat zäh und kräftig zu wirken.

Amerikanische Unterstützung für deutsche medizinische Arbeit. Von der Stiftung der Deutschen Medizinischen Gesellschaft zu New York ist für die Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten auf dem Gebiete der theoretischen und praktischen Medizin die Summe von 87 500 M. zur Verfügung gestellt worden. Die Summe kommt in zwei Raten zur Verteilung; in diesem Jahre sollen 45 000 M. in Teilen von je 5 000 bis zu 10 000 M. vergeben werden. Bewerbungen sind bis zum 1. August einzuliefern an Prof. Finber, Berlin W. 50, Kugsburger Str. 28.

Ein würdiger Erzieher der Jugend. In dem Artikel von Paul Gutmann „Organisation G“ (Nr. 302) wurde mitgeteilt, daß der Berliner Schulrat Michaelis, Bruder des wilhelminischen Reichskanzlers, bei einem Abiturientenexamen an einen Primaner die Frage gerichtet habe: „Worum verdient die Revolution von 1918 die lächerliche genannt zu werden?“ — Aus Gymnasiallehrerkreisen werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß der mitgeteilte Fall keineswegs als eine vereinzelt Entgegnung des Schulrats Michaelis dasteht, sondern daß der Herr bei verschiedenen Abiturientenprüfungen die Examinanden mit dieser Frage beeheligt hat, und zwar in Anknüpfung an die Broschüre Spenglers, „Preußentum und Sozialismus“. In dieser von überlenen Geschichtsfälschungen strotzenden deutschnationalen Tendenzschrift findet sich nämlich die erwähnte Charakterisierung der deutschen Revolution. Ist es schon ein starkes Stück, daß der Examinator Michaelis die Vektüre eines solchen Buches bei Primanern voraussetzen zu dürfen meint, so kann man es wohl schließlich als einen Skandal bezeichnen, wenn ein hoher Beamter der Republik Preußen sich in dieser Weise eine elende Beschimpfung der historischen Vorgänge zu eigen macht, denen diese Republik ihre Entstehung verdankt. In jedem Staate, dessen Regierung etwas auf sich und ihre Renommee hält, wäre ein solcher Beamter unmöglich. Von unserem „republikanischen“ Kultusministerium erwarten wir nicht, daß es gegen diesen Skandal etwas unternimmt. Er wird weiter seines Amtes walten und zu seinem Teil dazu beitragen, daß an unseren höheren Schulen eine Jugend heranwächst, die es als ein verdienstvolles Werk betrachtet, gegen die Führer der lächerlichen Revolution und der aus ihr hervorgegangenen Republik mit Maschinenpistolen, Blausäurepistolen und Handgranaten vorzugehen.

Eine Akademie für praktische Medizin. Die Gründung einer neuen Akademie für praktische Medizin ist, wie in der Deutschen Biologischen Wochenschrift berichtet wird, für Magdeburg in Aussicht genommen. Es ist ein regelmäßiges 8 wöchentliches Arbeitsjahr im Abschluß gehalten worden. Die einmaligen Kosten für die Einrichtung, werden auf 1 200 000 Mark geschätzt, die laufenden Ausgaben sind auf 300 000 Mark jährlich veranschlagt. Küher dem Magistrat soll sich auch die Industrie bei der Finanzierung beteiligen.

Kriegsschulddebatte in Frankreich.

Poincaré hat es bisher vermieden, auf die Beschuldigungen derjenigen einzugehen, die ihn als einen der Hauptschuldigen am Kriege bezeichnen und auf das Material aus den Archiven der früheren zaristischen Regierung hinweisen. Poincaré wusste was er tat und er wußte, weshalb er vor zwei Tagen eine Kriegsschulddebatte in der Kammer veranlaßte. Vor dieser Kammer mit ihrer nationalen Mehrheit steht es von vornherein fest, daß es ein mit der Kriegsschuld beladenes Frankreich nicht gibt. Und so hörte man denn die Reden der kommunistischen Ankläger Baillant-Couturier und Marcel Cachin mit ironischer Gelassenheit an, soweit es Poincaré für nützlich hielt, sie durch Zwischenbemerkungen zu beleben, um im übrigen durch überlaute Privatunterhaltungen der Öffentlichkeit zu zeigen, welche Maß von Interesse die französische Kammer diesem Thema entgegenbringt.

Bewegter wurde die Szene, als die Verteidiger auf den Plan traten. Bialani, der die Hauptschuld am Kriege „Deutsch-Oesterreich“, wie er sich weniger objektiv als vorsichtig ausdrückte, in die Schuhe schob und den Vertrag von Versailles die magna charta des französischen Rechtes nennt, wird gleich zu Beginn seiner Ausführungen stürmisch begrüßt. Eine Anzahl Abgeordneter umarmen ihn. Poincaré verliert seinen Ministerposten, um ihm die Hände zu schütteln und ihn gleichfalls in seine Arme zu schließen. Man beschließt, Bialanis Rede in allen Gemeinden Frankreichs öffentlich anzuschlagen. Damit ist eigentlich bereits alles gesagt und die Schlußrede Poincarés, wie immer sie auch ausfallen möchte, war ihres Beifalles sicher und es war selbstverständlich, wenn die Kammer nach Beendigung der Aussprache der Regierung mit 532 gegen 65 Stimmen ihr Vertrauen aussprach. Poincaré hat es, soweit die vorliegenden Berichte einen Schluß zulassen, vorgezogen, an den heißen Punkten vorsichtig vorbeizutasten, wie es für die Art seiner Verteidigung bezeichnend ist, daß er, von Cochin in die Enge getrieben, den Sitzungsstol verließ. Seine Argumente in der Kriegsschuldfrage sind anderer Art. Der Versailles-Vertrag, so folgert er, beruht nach dem Willen seiner Urheber auf einem moralischen Gedanken und nicht nur auf dem Sieg der Waffen. Er baut sich auf der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg auf. Beide französischen Kammern haben dieser Auffassung einstimmig zugestimmt. Außenminister Simons habe in London die Schuldfrage noch einmal aufrollen wollen, auf das Ultimatum hin hätten darauf sowohl die deutschen Unterhändler wie die deutsche Nationalversammlung die Verantwortlichkeit ein zweitesmal auf sich genommen. Die Kriegsschuldfrage sei aber vollkommen geklärt.

Das ist mit brutaler Deutlichkeit gesprochen. Die Moral, von der hier die Rede ist, heißt Gewalt und Zwang. Von diesem Gesichtspunkt gesehen, ist über die Frage der Kriegsschuld allerdings kein Wort mehr zu verlieren. Aber wir wissen, daß das objektive Forum der Geschichte die Untersuchung nach anderen Gesichtspunkten führt, wir wissen, daß vor diesem Forum, das einen größeren und gewichtigeren Hörerkreis hat als den nationalen Kammerklub Frankreichs, die Frage nach der Alleinverantwortlichkeit am Kriege als einseitig abgelehnt wird. Mögen die Verantwortlichen auch weiterhin aus Zweckgründen ihre lächerliche Unschuldsmaske beibehalten, die Wahrheit kann heute durch geschickte Kammerspiele nicht mehr verdunkelt werden.

Das Vertrauensvotum hatte folgenden Wortlaut: Die Kammer weist mit Entschiedenheit und Verachtung die Verleumdungskompagne zurück, die zugunsten Deutschlands organisiert und entwickelt worden ist, um Frankreich die Verantwortlichkeit für den Krieg aufzubürden, entgegen den offenen Tatsachen und den Eingeständnissen, wie sie im Versailles-Vertrag niedergelegt und in der Sitzung des Reichstages vom 10. Mai 1921 bestätigt worden sind.

Deutschnationale Jugenderziehung.

Dr. Boelch, der Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, hat mit einem Aufruf, wie bereits gemeldet, sich an die Lehrerschaft gewandt und sie ermahnt, bei der Jugend die furchtbare Verwilderung der sittlichen Begriffe wirksam zu bekämpfen. Er weist hin auf „unbegreifliche Verbrechen, wie die Ermordung des Reichsministers Rathenau“, auf die Hege, die vielfach vorangegangen ist, auf die „Robeitzäuserungen, die vielfach gefeiert sind“, und spricht zum Schluß davon, welche besonders ernste Verantwortung gerade die höheren Schulen tragen, aus denen die künftigen Führer des Volkes hervorgehen. Dieser Aufruf kann bei Optimisten die Hoffnung wecken, daß das Ministerium Boelch fortan schonungslos gegen alle diejenigen Schulpädagogen vorgehen wird, die nicht nur den Kampf gegen die „Verwilderung der sittlichen Begriffe“ bei der ihnen anvertrauten Jugend vernachlässigen, sondern durch ihr eigenes Verhalten die Sittungsverwilderung der „künftigen Führer (i) des Volkes“ noch fördern.

Nach Rathenaus Ermordung sind uns aus einer Reihe höherer Schulen allerlei Meldungen zugegangen, daß Lehrer und Lehrerinnen ihre (gelinde ausgedrückt) Gleichgültigkeit gegenüber dieser Skandal in einer Weise zeigten, die nur zur weiteren Verwilderung der sittlichen Begriffe beitragen kann. Unter dem zusammenwirkenden Einfluß von Schule und Familie haben auch manche Schüler bei den Trauerfeiern für Rathenau ein Verhalten sich erlaubt, das als schlimmes Zeichen der durch deutschnationale Wühlarbeit herbeigeführten Sittensverwilderung gebucht werden muß. Was soll man dazu sagen, daß an einem privaten Anzeiger im Westen Berlins vor der vom Direktor veranstalteten Trauerfeier drei Lehrerinnen die Hula vertreiben mit dem Bemerkten, sie wünschten nicht an einer Trauerfeier für einen Juden teilzunehmen! Eine dieser Lehrerinnen hatte bis vor kurzem die Redheit gehabt, mit einem Hakenkreuzabzeichen zur Schule zu kommen. In der Unterprima des Gymnasiums eines westlichen Vorortes bezeichnete ein Lehrer es als lächerlich, daß von der Ermordung Rathenaus so viel hergemacht werde, wie wenn ein regierender Fürst ermordet worden wäre. In einem anderen Gymnasium des Westens hielten sich ein paar Primaner der Trauerfeier fern und übten in der Klasse, und einer von ihnen erklärte auf Vorhaltungen einem Mitschüler, da müßten noch ganz andere Leute sterben, bis er in eine Trauerfeier ginge. Eine Schülerin eines Berliner privaten Anzeigers verweigerte die Beteiligung an der Trauerfeier, weil ihr Vater ihr die Beteiligung ausdrücklich verboten habe. Das soll der Vater, der ein Berliner Gemeindefachlehrer ist, hinterher auf Verlangen der Lehrerin sogar schriftlich beschwichtigt haben.

Solche Vorkommnisse zeigen, wie nötig es wäre, daß in den höheren Schulen den Lehrern und Lehrerinnen, die ihre antirepublikanische Gesinnung herausfordernd bekunden und die ihnen anvertrauten Jünger demgemäß beeinflussen, endlich ihr Handwerk gelegt würde.

Heber Giordano Bruno spricht unser Mitarbeiter und Genosse Dr. Max Schütte im Bund der Utheisten am Montag, 10. Juli, abends 8 Uhr im Vesting-Museum, Brüderstr. 131. Gäste willkommen. Eintritt ist frei.

Paßerleichterungen.

Nachdem am 1. Mai 1921 der Einreisevermerk für Reichsdeutsche weggelassen ist, sind mit Wirkung vom 1. Juli 1922 Paßerleichterungen für die Ausreise aus Deutschland getroffen. Personen, die im Reichsgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, gelten für die Ausreise aus Deutschland als vom Sichtvermerkszwang befreit, wenn sie beim Grenzübertritt durch einen Vermerk des Finanzamtes im Paße nachweisen, daß gegen ihre Ausreise steuerliche Bedenken nicht bestehen (Unbedenklichkeitsvermerk). Damit können Reichsdeutsche die Reichsgrenze beliebig häufig ohne Sichtvermerk überschreiten. Bei Ausländern kann auf den Einreisevermerkswang noch nicht verzichtet werden. Den in Deutschland ansässigen Ausländern ist daher zu empfehlen, sich Sichtvermerke in der Form des Dauervermerks nach dem bisherigen Verfahren zu beschaffen.

Der ominöse § 10 der Höchstmietenverordnung.

In Ergänzung seines in der heutigen Morgennummer veröffentlichten Beitrages über die Errechnung der neuen Wohnungsmiete und gleichzeitig als Erwiderung auf verschiedene Anfragen teilt uns Stadtrat Brumbly noch folgendes mit: Damit, daß die Höchstmietenverordnung außer Kraft tritt, fällt natürlich auch die Möglichkeit fort, künftig noch Zuschläge nach § 10 dieser Verordnung zu Lasten der Mieterschaft festzusetzen. Derartige Festsetzungen eines Mieteinigungsamtes würden jeder gesetzlichen Grundlage entbehren und vom ordentlichen Gericht nicht anerkannt werden. Die Berliner Mieterschaft hat das zu beachten um so mehr Grund, weil in Berlin aus dem lediglich für Reparaturarbeiten bestimmten § 10 entgegen der Verordnung und entgegen den insoweit eindeutigen Absichten ihres Verfassers eine Handhabe zur Umlegung jeglichen Mietsbedarfs bei der Verwaltung des Hauses gemacht worden ist.

Wenn laut Mitteilung in Nr. 307/13 des „Vorwärts“ vom 5. d. M. das Charlottenburger Bezirks-Mieteinigungsamt § 10 der Höchstmietenverordnung noch nach dem 1. d. M. angewandt hat, so ist dies jedenfalls nicht auf Anweisung des Hauptmietenamtes geschehen, das seinerseits rechtzeitig eine entsprechende Anweisung an die Mieteinigungsämter der Bezirke hätte ergehen lassen sollen. An dem Fortfall der Höchstmietenverordnung ist auch dadurch nichts geändert, daß der Reichstag am 21. v. M. die Fortdauer des Wohnungsmangelgesetzes bis zum 31. März 1923 beschlossen hat (Reichsgesetzblatt S. 529) und daß daraufhin der Minister für Volkswohlfahrt am 29. v. M. sämtliche Anordnungen auf Grund dieses Gesetzes für fortigültig erklärt hat. Das bedeutet, was den Mieterschutz anlangt, nur, daß auch künftig die echten Kündigung von der vorherigen Zustimmung des Mieteinigungsamtes abhängig sein sollen. Die Befristung auf 4 Jahre hat den Sinn, daß bis dahin das neue Mieterschutzgesetz fertiggestellt sein soll, welches den Mieterschutz weiter auszugestalten bestimmt ist. Wenn der Minister für Volkswohlfahrt von „sämtlichen“ Anordnungen sagt, daß sie in Kraft bleiben sollen, so ist das offenbar ein redaktionelles Versehen, insofern die Höchstmietenverordnung, die auch eine Anordnung auf Grund des Wohnungsmangelgesetzes ist, bereits durch die Ausführungsbestimmungen des Ministers zum Mieterschutzgesetz außer Kraft gesetzt und im übrigen bereits dadurch ungültig geworden ist, daß sie mit dem Reichsmietengesetz, d. h. mit einem Reichsgesetz jüngerer Datums, im Widerspruch steht.

Das Liniensystem der Straßenbahn.

Die letzten Linienänderungen auf der Berliner Straßenbahn sind am 1. Juli zur Durchführung gekommen. Die beiden Linien Q und W werden unter ihren neuen Nummern 44 und 144 geführt. Damit hat die Umbenennung von Straßenbahnlinien ihr Ende erreicht. Die mit Buchstaben bezeichneten Straßenbahnlinien haben Nummern erhalten, Linien, die den größten Teil der Strecke überstreifen und nur an den Endpunkten Abweichungen in der Linienführung aufweisen, sind dadurch zu Stammelinien geworden, daß sie 60 und 100 ufm. bezeichnet worden sind. In die Bezeichnung ist im übrigen System gebracht worden, die Nummern 1—10 bezeichnen Ringlinien, die übrigen Linien sind zu bestimmten Gruppen zusammengefaßt, so beginnen die Linien 11—21 sämtlich in Moabit, die Linien 22—30 in Legel, die nächstfolgende Gruppe in Reinickendorf usw., so daß schon aus der Nummer auf die Linienführung geschlossen werden kann. Wenn also zunächst die neuartige Bezeichnung der Linien den Benutzern der Straßenbahn fremd ist, so wird sich die neue Bezeichnung der Linien dem Gedächtnis doch besser einprägen, wenn an das System gedacht wird. Als die wichtigsten Linienänderungen seien kurz nochmals erwähnt: Linie A in 30, Linie C in 106, Linie 7 in 15, Linie 53 in 155, Linie III in 140, Linie B in 94.

Die städtische Verkehrsdeputation hat der Verlängerung der Straßenbahnlinie 35 Spandau—Bahnhof Jungfernhöhe über den Wedding nach Pankow zugestimmt. Auf der Spandauer Seite soll die Linie bis nach Gartenfeld verlängert werden. Die erforderlichen Gleisverbindungen sind bereits hergestellt. An den Kosten der neuen Verbindung beteiligen sich auch die Siemens-Schuckertwerke, für deren Arbeiter die Linie 35 von besonderer Bedeutung ist, weil sie den dichtbesiedelten Berliner Norden mit der Siemensstadt verbindet und die überlastete Stadtbahn wesentlich entlastet, doch dürfte die Linie erst zum Herbst d. J. eröffnet werden.

Die Ferienfahrten der Teltower Kreisschiffahrt beginnen mit dem 10. Juli. Als Ausgangspunkt der Fahrten kommen Berlin, Schiffbauerdamm gegenüber dem Reichstagsgebäude, Charlottenburg, Nähe der Schloßbrücke, Spandau, Lindenufer, sowie aus dem Teltow am Neutölln, Kaiser-Friedrich-Strasse, und sämtliche Zwischenstationen in Frage. Zielstationen sind nach den havelischen Potsdam-Necklitz, Cramponitz-Berch, Werder-Blindower Alpen, nach der Oberpreze die Müggelberge, Schmetterlingshorst und Müggelsee. Ab Potsdam finden ebenfalls Fahrten statt und führen nach Tareh und Tegel sowie ab Glienicke Brücke nach Necklitz-Cramponitz, Berch-Blindower Alpen und Werder. Näheres siehe Ausschänge und Infanter. Auskünfte Telefon Potsdam 1357.

Zu einem „Festspiel der Oberammergauer von Falkenberg“ laden die lustigen Leute der bekannten Gartenstadt Falkenberg bei Grünau — sie nennen sich diesmal Sonnenstimmertentententente — zu Sonntag, den 9. Juli, nachmittags 3 Uhr, ein. Unglaubliche Gedächtnisse werden versprochen, z. B. „Die Liebe tanzt vor Absover“, „König Rommons Siegeszug“ und andere Dinge, die sich lustig anhören und auch lustig anschauen werden, aber im Grunde ein ernsthafter Versuch sein wollen, mitten im künstlerischen Ritz unserer Zeit zu neuen Formen der Volksfeste und Volksgeselligkeit zu kommen. Erfrischungen leichter Art werden in Falkenberg bereitgehalten, im übrigen ist jeder Selbstversorger.

18-Millionen-Stiftung für Frankfurt a. M. Die in Paris verleborene Baronin Rothchild hat ihrer Vaterstadt Frankfurt a. M. letztwillig einen Betrag von 500 000 Francs, das sind nach der heutigen Währung etwa 18 Millionen Mark, aus ihrem Nachlaß für die Wohlfahrtsvereine der Stadt zur Verfügung gestellt und außerdem einige hervorragende Wertpapiere und Silbergegenstände dem städtischen Kunstinstitut überwiesen. Außer der Stadt Frankfurt sind die Rothchild'sche Bibliothek mit 50 000 und das Karolinum mit 25 000 Francs bedacht worden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebend. Amlich 100, teilweise auffarend, jedoch überwiegend bewölkt mit etwad Regen und mäßigen westlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Buchbinderverband vor großen Kämpfen.

Nach den Metallindustriellen Süddeutschlands haben nun auch die Unternehmer des Buchbinderwesens und verwandte Berufe den Kampf um die 48-Stunden-Woche aufgenommen. Die Verlängerung des seit Januar 1920 für das Gewerbe bestehenden Reichstarifs wurde davon abhängig gemacht, daß an Stelle der in den vier Industriezentren Berlin, Leipzig, Stuttgart und München überlegend geltenden 46-Stunden-Woche die strikte Durchführung der 48-Stunden-Woche gefordert wurde. Da noch nicht einmal eine bestimmte und nennenswerte Entschädigung dafür geboten wurde, lehnten die Vertreter der vier genannten Tarifstädte dieses Ansinnen ab, welcher Ansicht der ganze Tarifschutz zustimmte. Damit hat sowohl der Reichsmantel- und der Akkordtarif sowie auch das bis zum Ende Juli laufende Lohnabkommen mit dem 30. Juni sein Ende erreicht.

Die 50 000 unter den Reichstarif fallenden Branchenangehörigen sind seit diesem Tage tariflos und werden nun eventuell durch örtliches und bezirkswieses Vorgehen sich die notwendigen Verbesserungen, insbesondere eine zeitgemäße Lohnerhöhung, zu erkämpfen suchen. In Berlin stehen bereits ca. 5000 Berufsangehörige im Kampf. Schon in den nächsten Tagen wird der Kampf voraussichtlich einen erheblich größeren Umfang annehmen, zumal auch die Unternehmer bereits mit Gegenmaßnahmen gedroht haben.

Die Transportarbeiter zum Buchdruckerstreik.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der in den Berliner Buchdruckerbetrieben tätigen Transportarbeiter, die am Donnerstag nachmittag stattfand, beschäftigte sich mit der Lage im Buchdruckgewerbe. Die Transportarbeiter in den Buchdruckerbetrieben werden — so äußerte Podubrin einleitend —, soweit sie nicht ausgesperrt sind, von dem Streik nicht berührt. Ein materieller Schaden erwächst ihnen also aus dem Vorgehen der Buchdrucker und Buchbinder nicht. Im Falle von Ausperrungen auch der Transportarbeiter ist für Anfragen und Erklärungen zunächst die in jedem größeren Betriebe vorhandene Streikleitung zuständig. Die Botenfrauen werden voraussichtlich eine abwartende Haltung einnehmen. Zu der in der Disziplin aufgeworfenen Frage, ob die Arbeit der Lehrlinge freigegeben sei, wurde von der Versammlungsleitung festgestellt, daß nach den geltenden Bestimmungen Lehrlinge zu produktiver Arbeit nicht verwendet werden dürfen, wenn nicht eine bestimmte Anzahl von Gehilfen zu gleicher Zeit beschäftigt wird. Da das im Augenblick nirgends der Fall sein kann, ist also auch eine Verwendung von Lehrlingen zu produktiver Arbeit nicht statthaft. Und auch zu unproduktiver Arbeit dürfen sie nur dann herangezogen werden, wenn ein sachgemäß vorgebildeter Obermeister (Faktor) im Betriebe tätig ist. Der Transport von Erzeugnissen, die die Gabel selbst oder mit Hilfe von Lehrlingen herstellen, wurde in der Disziplin ausgeführt, ist Streikarbeit. Ueber die speziellen Forderungen der Transportarbeiter im Buchdruckgewerbe wird nach Aufnahme der Verhandlungen zur Beerdigung des gegenwärtigen Streiks zu sprechen sein.

Die graphische Jugend zum Streik.

Einem Aufruf der Zentrale der graphischen Jugend Folge leistend, versammelte sich die Jugend des graphischen Gewerbes am Donnerstag, um zu der für die Jugend, hauptsächlich die Lehrlinge geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Von der Zentrale der graphischen Jugend referierte Bräcker. Er gab einen Bericht über die Ursachen des Streiks und ging dann auf die Lage der einzelnen Berufsgruppen des Gewerbes ein. Er führte u. a. aus, daß sich die Jugend des Hilfsarbeiterverbandes reslos am Streik beteilige, dagegen die Buchdruckerlehrlinge einerseits durch das Lehrverhältnis, andererseits durch die Erklärung des Gewerksverbandes sich nicht am Streik beteiligen. Sie sind deshalb teilweise noch in den Betrieben beschäftigt. Die Unternehmer haben sich zahlreiche Uebergriffe zuschulden kommen lassen. So verfuhr z. B. die Firma H. S. Hermann unter Androhung von Polizeigewalt die Lehrlinge zur Arbeit zu bewegen. Weitere Firmen haben sich ähnliche Uebergriffe zuschulden kommen lassen. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die aufs Schärfste die Mächtigkeiten der Unternehmer vorwerft. An die Arbeiterkammern richtet die Versammlung die Aufforderung, daß sie darauf hinwirken mögen, daß ihre Söhne bei dem Streik der erwachsenen Arbeiterschaft vollste Solidarität üben.

Der Banischlofferstreik geht weiter!

Die streikenden Banischloffer und Arbeiter in den Betrieben für gelochte Bleche waren am Donnerstag in der Brauerei Königstadt versammelt, wo Branchenleiter Krüger über die Streiklage berichtete. Eine Einigung mit den Arbeitgebern konnte trotz längerer Verhandlung mit ihnen noch nicht erreicht werden, weil sie sich weigern, die aufgestellten Forderungen ihrem vollen Umfange nach zu bewilligen.

Das letzte Angebot war ab Juli: Für alle verheirateten Schloffer und Helfer eine Stundenzulage von 7 M., Junggefallen 5,50 M., Frauen 4 M., Transportarbeiter über 21 Jahre 6,50 M., Schweiserrinnen 5,50 M., Arbeiter über 18 bis 19 Jahre 4 M., über 19 bis 20 Jahre 4,50 M. und von 14 bis 18 Jahren 2,25 bis 3 M.

Hierzu sollte nach dem Zugeständnis der Arbeitgeber für die zweite Jahreshälfte noch allen über 20 Jahre alten Arbeitern eine Stundenzulage von 4 M., den unter 20 Jahre alten von 3 M. gewährt werden.

Die Branchenkommission und eine Vertrauensmännerkonferenz haben das Angebot abgelehnt und auch der Versammlung die Ablehnung empfohlen.

Nach kurzer Diskussion wurde hierauf das Zugeständnis unter lebhaftem Beifall von der Versammlung einstimmig abgelehnt.

In einem Schlußwort hob Krüger hervor, daß nicht Uebermut, sondern bittere Not die Arbeiterschaft zwingt, auf den Forderungen und im Streik zu beharren. — Die Werkmeister werden dringend aufgefordert, alle Arbeiten zu unterlassen, die nicht zu ihren Aufgaben gehören.

Streikversammlung der Buchbinder.

Etwa 4000 streikende Buchbinder und in Buchdruckerbetrieben beschäftigte Arbeiterinnen waren heute in der „Neuen Welt“ versammelt, wo Czerny über die Streiklage berichtete. Aus der Diskussion ging hervor, daß die Arbeitgeber nur dann bereit sind, die Forderungen zu bewilligen, wenn die Arbeiterschaft geneigt sein würde, statt einer 48stündigen eine 48stündige Arbeitszeit anzunehmen. Dagegen wandten sich alle Redner. Es wurde dann folgende Resolution angenommen: „Die heute in der Neuen Welt versammelten streikenden und ausgesperrten Buchbinderarbeiter sind nicht gewillt, eine längere Arbeitszeit anzunehmen und unter diesen Bedingungen mit den Unternehmern zu verhandeln. Sie verlangen von der Zentralleitung, daß diese entschieden dagegen Stellung nimmt und nicht wieder neue Verhandlungen aufnimmt, bevor nicht die Arbeitgeber dafür garantieren, daß sie von einer verlängerten Arbeitszeit Abstand nehmen. Sie appellieren an die gesamte Kollegenschaft und an alle Gewerkschaften, ihnen in diesem Kampfe beizustehen und Solidarität zu üben.“

Berlin. Für den redakt. Teil: Franz Rißes, Berlin-Bichterfelde; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

